



HANS TSCHIRA/HDG (L.); MANFRED-FRANZ ALBRECHT (M.);
FOTOS: HDG

Exponate der Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ im Bonner Haus der Geschichte

VERTRIEBENE

Neuer Zündstoff

Eine neue Ausstellung über Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg liefert Zündstoff für die Debatte über das umstrittene Zentrum gegen Vertreibungen. Sozialdemokraten um den SPD-Bundestagsabgeordneten Markus Meckel sehen in der Schau des renommierten

Bonner Hauses der Geschichte eine Alternative zu dem Zentrum, das Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach in Berlin schaffen möchte, und erwägen, sie dauerhaft in der Hauptstadt zu zeigen. Die Ausstellung, an der führende deutsche und polnische Historiker mitgearbeitet haben, wird am Freitag eröffnet – zeitgleich mit dem delikaten Antrittsbesuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Polen. Die Christdemokratin hat kürzlich erklärt, sie fühle sich den Vertriebenen „ganz

persönlich“ verpflichtet. Steinbach sieht darin ein „Bekenntnis“ zum Zentrums-Projekt. Im Koalitionsvertrag haben sich Union und SPD nur auf einen Formelkompromiss geeinigt, wonach „in Berlin ein sichtbares Zeichen“ zur Erinnerung an die Vertreibung gesetzt werden soll. Der für Gedenken zuständige Kulturstatsminister Bernd Neumann (CDU) hält derweil Distanz zu seiner Parteifreundin Steinbach: Es sei „klar, dass wir was tun. Aber was, das ist offen“.

BND

Illegale Maßnahmen?

Wolfgang Steigert, freier Journalist aus Elmstein (Pfalz), fordert vom Bundesnachrichtendienst (BND) lückenlose Aufklärung über seine Observation in den neunziger Jahren. In einem Brief an BND-Präsident August Hanning droht Steigert „rechtliche Weiterungen“ an, falls man ihm nicht mitteile, wann, wie lange und warum er überwacht worden sei und ob die Ergebnisse dieser „illegalen“ Maßnahmen noch immer gespeichert seien. Steigert geriet als Besucher des Weilheimer BND-Experten Erich Schmidt-Eenboom ins Visier der Späher. Nicht nur das: Der viele Jahre in Süd- und Mittelamerika tätige Journalist war zudem mit dem damaligen BND-Mexiko-Residenten Werner S. alias „Palme“ befreundet; auch für diesen Kontakt interessierten sich die Pullacher offenbar. Besonders pikant bei der Observation: Steigert war als freier Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Hanns-Seidel-Stiftung in den achtziger Jahren selbst für den BND tätig. In seinem Brief an Hanning erinnert er daran, dass er für seine Erkundigungen über die politische Lage in Mittelamerika „von Ihrem Haus“ auch gelegentlich honoriert worden sei.

JUSTIZ

Gegen Recht und Gesetz

Die Staatsanwaltschaft Halle hat gegen drei Richter und eine Richterin des Oberlandesgerichts Naumburg ein förmliches Ermittlungsverfahren wegen Rechtsbeugung eingeleitet. In dem zugrunde liegenden Rechtsstreit geht es um den in Deutschland lebenden Türken

Kazim Görgülü, der seit Jahren um ein Umgangs- und Sorgerecht für seinen Sohn kämpft, der von der Mutter zur Adoption freigegeben wurde. Das zuständige Amtsgericht entschied mehrfach zugunsten des Vaters, der 14. Zivilsenat des OLG Naumburg hob diese Beschlüsse aber mit steter Regelmäßigkeit auf – und das selbst dann noch, als der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte geurteilt hatte, dem Vater käme „mindestens der Umgang mit seinem Kind“ zu. Im Juni beschei-

nigte deshalb das Bundesverfassungsgericht dem Naumburger OLG-Senat, er habe „außerhalb seiner Zuständigkeit unter Verstoß gegen die Bindung an Gesetz und Recht“ den väterlichen Umgang verhindert. Daraufhin waren mehrere Strafanzeigen eingegangen. Die Staatsanwaltschaft Halle hat nun, wie ein Sprecher mitteilte, einen „Anfangsverdacht bejaht“ und den beschuldigten Richtern „rechtliches Gehör gewährt“.



Görgülü

SABINE SAUER / DER SPIEGEL